LUDWIGSBURG

Protokollauszug zum BAUAUSSCHUSS

am Donnerstag, 23.04.2026, 17:30 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Franck-Areal - Aktueller Stand
- Bezug auf Vorlage 255/25
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie weist darauf hin, dass die Mitglieder zuvor an einer Baustellenbesichtigung teilgenommen haben. Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt BMin Schwarz Tagesordnungspunkt 3 ab. BMin Schwarz ruft Tagesordnungspunkt 1 auf und teilt mit, dass das Areal als Ausstellungsort für die Internationale Bauausstellung (IBA) ausgewählt worden sei

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Stadtplanung, Mobilität und Geoinformation erläutert den aktuellen Stand anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Im Anschluss informieren die **Geschäftsführerin** und eine **Mitarbeiterin** der IBA und fahren in der Präsentation fort.

BMin **Schwarz** betont, dass die Entwicklungen auf dem Frank Areal gut voranschreiten und die verschiedenen Nutzungen zunehmend ineinandergreifen. Sie hebt hervor, dass die IBA eine hervorragende Gelegenheit biete, die Projektentwicklungen in Ludwigsburg, wie beispielsweise das Fuchshofquartier, zu präsentieren. Auch bestehende Einrichtungen wie die alte Rösterei und der Raum 80 sowie Tinker Tank würden in die Planungen integriert werden.

Stadtrat **Sorg** lobt die Entwicklungen und hebt hervor, dass der Bedarf produzierender Startups groß sei und Räume für kreatives Schaffen benötigt werde. Zudem begrüßt er die Einbindung von Experten, die wertvolle Impulse für die behutsame Weiterentwicklung des Areals geben können.

Stadtrat **Braumann** bedankt sich für das Engagement und betont die Notwendigkeit, das Areal langfristig wirtschaftlich tragfähig zu gestalten. Er hebt hervor, dass die Einbindung der Stadt durch die geplante zweite Unterführung gestärkt werde. Zudem sei es wichtig, die Zeit nach der IBA bereits jetzt mitzudenken, um dauerhafte Nutzungen zu etablieren.

Stadträtin **Liepins** äußert Bedenken hinsichtlich der finanziellen Belastungen und fragt nach den Kostenanteilen der Stadt. Sie erinnert an die beauftragten Planungsbüros und erkundigt sich nach dem aktuellen Stand. Sie betont, dass Investitionen in das

Areal notwendig seien, jedoch unter den aktuellen finanziellen Zwängen sorgfältig abgewogen werden müssen.

Stadtrat **Gröbner** fragt nach dem aktuellen Bedarf an Flächen für Startups. Das Frank Areal sei ein Beispiel für nachhaltige Bausubstanzerhaltung.

Die **Geschäftsführerin** und eine **Mitarbeiterin** der IBA teilen mit, dass die Zwischennutzung der Räume möglichst nachhaltig und ohne große Umbauten erfolgen solle. Die Ausstellung werde nicht nur die Ludwigsburger Bürgerschaft ansprechen, sondern auch überregional Besucher anziehen.

BMin **Schwarz** sagt abschließend, dass die Investitionen in einem überschaubaren Zeitraum refinanziert werden. Sie merkt an, dass die Zusammenarbeit mit der IBA und anderen Partnern eine große Chance für Ludwigsburg darstelle, um innovative Projekte und Entwicklungen voranzutreiben.

TOP 2 Starkregenrisikomanagement - Aktueller Stand
Vorl.Nr. 054/26 -

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** erläutert die Bedeutung des Starkregen-Risikomanagements und hebt hervor, dass klar zwischen Hochwasser und Starkregen unterschieden werden müsse. Während Hochwasser durch das Übertreten von Flüssen entstehe, führe Starkregen zu einer Überlastung der Kanalisation, wodurch Wasser unkontrolliert in Straßen und Gebäude eindringen könne. Ziel sei es, kritische Bereiche zu identifizieren, um im Ernstfall schnell reagieren und Vorsorgemaßnahmen für gefährdete Gebäude treffen zu können. Zudem betont sie die Notwendigkeit, die Bürger über Schutzmaßnahmen und Verhaltensweisen zu informieren.

Ein **Mitarbeiter** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Steuerungsunterstützung stellt den Tagesordnungspunkt anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, vor.

BMin **Schwarz** unterstreicht die Bedeutung der Karten und Risikosteckbriefe für die Einsatzplanung der Feuerwehr. Sie weist darauf hin, dass Starkregenereignisse oft nur kurze Vorwarnzeiten hätten, weshalb eine gute Vorbereitung essenziell sei.

Stadträtin **Alexander** lobt die detaillierten Risikosteckbriefe und hebt diese wertvolle Hilfestellung für die Betroffenen hervor. Sie fragt, wie Bürger sich über ihre individuelle Gefährdung informieren können und ob es Rückmeldungen aus Pflugfelden gebe, wo das Starkregen-Risikomanagement bereits umgesetzt worden sei. Zudem erkundigt sie sich, ob die dortigen Maßnahmen zu konkreten Verbesserungen geführt haben.

Stadtrat **Lutz** betont die Wichtigkeit des Projekts und fragt nach der Reaktionskette im Ernstfall, insbesondere wie schnell die Feuerwehr und andere Akteure Zugriff auf die Daten haben. Er interessiert sich zudem für die Informationsweitergabe an Hausverwaltungen und andere Verantwortliche in Mehrfamilienhäusern.

Stadtrat **Peifer** hebt hervor, dass die neuen Karten eine deutliche Verbesserung für die Einsatzplanung darstellen und lobt die Fortschritte, die durch das Projekt erzielt worden seien.

Stadträtin **Liepins** fragt nach Maßnahmen der Stadtentwässerung, um ein Anheben von Gullydeckeln bei Starkregen zu verhindern. Sie verweist auf konkrete Problemstellen in der Marbacher und Schorndorfer Straße und betont, dass nicht nur private Hausbesitzer, sondern auch die städtische Infrastruktur betroffen seien.

Stadtrat **Gröbner** unterstreicht die Bedeutung eines effektiven Starkregenrisikomanagements zum Schutz der Bevölkerung. Er hebt hervor, dass eine gute Vorbereitung auf Unwetterszenarien Schäden minimieren könne. Besonders begrüßt er, dass die Informationsweitergabe nicht nur digital, sondern auch in Form von Infoblättern erfolgt, da ältere Hausbesitzer oft weniger internetaffin und auf gedruckte Informationen angewiesen seien.

Stadträtin **Knecht** berichtet von einer früheren Bürgerinformationsveranstaltung in Pflugfelden und weist darauf hin, dass Feuerwehrleute oft über generationsübergreifendes Wissen zu problematischen Stellen verfügen. Sie kritisiert, dass die Verwaltung aufgrund der intensiven Besiedlung und der damit verbundenen Versiegelung der Böden keine ausreichenden Kapazitäten für den Ausbau der Abwasserrohre geschaffen habe. Sie hebt die Notwendigkeit von Entsiegelungsmaßnahmen hervor und nennt den Arsenalplatz als positives Beispiel. Zudem stellt sie Fragen zur Nutzung von Zisternen in Ludwigsburg, insbesondere zur Möglichkeit, diese für die Bewässerung von Pflanzen zu nutzen, und regt eine Besichtigung solcher Anlagen an. Weiterhin spricht sie das Thema Rückstauklappen in Wohnhäusern an und weist auf die Unsicherheit vieler Bürger hinsichtlich deren Einbau hin. Sie merkt zudem an, dass durch neue Bauprojekte wie das Sportzentrum Ost die Problematik verschärft worden sei, und äußert Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen weiterer Besiedlung.

BMin **Schwarz** erläutert, dass sich die Stadt auf Katastrophenszenarien vorbereite, bei denen erhebliche Überflutungstiefen und hohe Fließgeschwindigkeiten auftreten könnten. Sie hebt die Bedeutung von Risikokarten hervor, die der Feuerwehr und anderen Akteuren als Grundlage für Einsatzpläne dienen. Besonders gefährdete Einrichtungen wie Krankenhäuser, Kindergärten und Altenheime müssten in den Fokus genommen werden, um rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen. Sie betont, dass Hauseigentümer über die potenziellen Gefahren informiert werden müssten, um eigenverantwortlich Vorsorgemaßnahmen zu treffen. Sie weist darauf hin, dass die lehmigen Böden der Region nur langsam Wasser aufnehmen und Starkregenereignisse daher zu schnellen und gefährlichen Abflüssen führen könnten.

Ein **Mitarbeiter** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Steuerungsunterstützung ergänzt, dass die Stadt bereits eine Informationsseite zum Thema Starkregen auf ihrer Homepage eingerichtet habe. Diese enthalte praktische Hinweise für Hauseigentümer und verlinke auf die entsprechenden Risikokarten. Zudem seien betroffene Haushalte und Betriebe in bestimmten Straßenzügen per Brief informiert worden. Maßnahmen, wie die Erhöhung von Bordsteinen, seien bereits umgesetzt. Er verweist auf die Notwendigkeit, die Einsatzpläne der Feuerwehr weiter zu optimieren und die Karten in das Flutinformationssystem zu integrieren, um die Einsatzplanung zu verbessern. Hinsichtlich der Rückstauklappen verweist er auf eine Informationsveranstaltung der Verbraucherzentrale.

Stadtrat **Braumann** erkundigt sich nach den Kanalkapazitäten in bestimmten Straßenzügen.

BMin **Schwarz** erklärt, dass bei Starkregenereignissen grundsätzlich davon ausgegangen werde, dass die Kanäle voll seien, und verweist an die zuständigen technischen Dienste oder die Stadtentwässerung für detaillierte Informationen. Sie betont, dass die Karten auf umfangreichen Berechnungen basieren, welche Topographie, Bebauung und andere Faktoren berücksichtigen. Eine Plausibilisierung der Karten durch Bürgerwissen sei jedoch weiterhin möglich.

Stadtrat **Peifer** merkt an, dass bei Einsätzen Prioritäten gesetzt werden müssen, wobei Einrichtungen, wie Kliniken, Vorrang haben.

BMin **Schwarz** merkt an, dass dies in der Bürgerinformationsveranstaltung klar kommuniziert werden müsse und kündigt an, dass eine entsprechende Veranstaltung im vierten Quartal geplant sei. Sie stellt die Kenntnisnahme des Gremiums fest.

TOP 3 Entscheidung gemäß "Bau-Turbo" - Vorhaben Voithstraße 4
Vorl.Nr. 060/26 -

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt BMin **Schwarz** diesen Tagesordnungspunkt ab.

TOP 4 Bebauungsplan "Gewerbegebiet Monreposstraße" Nr. 073_05_00 in Ludwigsburg - Satzungsbeschluss
(Vorberatung)
Vorl.Nr. 055/26 -

Beschlussempfehlung:

I. Die im Rahmen der Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.

   Gemäß § 10 BauGB wird der Bebauungsplan "Gewerbegebiet Monreposstraße" Nr. 073_05_00 vom 27.03.2026 entsprechend der Anlagen 1 – 3 als Satzung beschlossen.



II. Die Verwaltung wird beauftragt, den Flächennutzungsplan gem. § 13 (2) Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen (Anlage 5).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** stellt den Tagesordnungspunkt vor. Nachdem von Seiten des Gremiums auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet wird, lässt sie über die Vorlage abstimmen und schließt danach den öffentlichen Teil der Sitzung.